



HIHK e. V. - Karl-Glässing-Straße 8 - 65183 Wiesbaden

Hessischer Landtag
Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Stellungnahme des Hessischen Industrie- und Handelskammer- tages e.V. zu dem Entwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Stärkung des Schutzes des Bannwaldes in Hessen

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 7. Juli 2021 reichte die Regierungskoalition CDU und Faktion 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Schutzes des Bannwaldes in Hessen ein. Durch die vorliegende Veränderung des Gesetzes soll der Bannwaldschutz gestärkt und Flächenverluste durch Rodungen zum Zwecke der Rohstoffgewinnung ausgeschlossen werden. Begründet wird das Gesetz mit den wichtigen Funktionen, die der Wald für den Ballungsraum erfüllt. Hierunter fallen beispielsweise Lebensraum für Tiere, Erholungsort für Menschen und Absorption von schädlichen Emissionen.

Nach Angaben des Umweltministeriums sind von knapp 900.000 Hektar Forst etwa 19.000 Hektar (2,1 %) als Bannwald ausgewiesen. Diese liegen vor allem in der Ballungsregion Rhein-Main, um den Frankfurter Flughafen und nördlich von Wiesbaden und südlich von Darmstadt sowie in Teilen von Nordhessen. In Südhessen werden besonders hochwertige Rohstoffvorkommen von Bannwaldflächen überlagert. Rohstoffvorkommen wie Kies, Sand und Granit sind ortsgebunden und zur Versorgung unserer Region von herausragender Bedeutung. Die Rohstoffgewinnung unterliegt bereits heute höchsten naturschutzfachlichen Standards. Die Gewinnungsbetriebe sind sich ihrer Verantwortung bewusst. Jede Flächeninanspruchnahme wird ausgeglichen und nach Beendigung des Abbaus rekultiviert. So entstehen dynamische Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten, die ohne den Beitrag der Unternehmen in unserem hochverdichteten Ballungsraum nicht existieren würden.

29. Oktober 2021

Unser Zeichen:

Gemeinsam für Hessens
Wirtschaft: Der HIHK koordiniert
die landespolitischen Aktivitäten
der zehn hessischen Industrie-
und Handelskammern.

Ihr Ansprechpartner:

Frank Achenbach
Tel. 069 8207-241
achenbach@offenbach.ihk.de

Hessischer Industrie- und Handelskammertag
(HIHK) e. V.

Karl-Glässing-Straße 8
65183 Wiesbaden
info@ihk.de | www.ihk.de

Präsident:
Eberhard Flammer

Geschäftsführer:
Robert Lippmann

Wiesbadener Volksbank eG
IBAN DE05 5109 0000 0000 6539 00
BIC (Swift-Code) WIBADE5W

Amtsgericht Wiesbaden
Register Nr.: VR 7167

Hessen steht mit einer Jahresförderung von über 30 Mio. Tonnen nach Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg an vierter Stelle bei der Gewinnung oberflächennaher mineralischer Rohstoffe in Deutschland. Heimische Rohstoffe leisten einen wichtigen Beitrag für unser tägliches Leben. Sie stehen am Anfang vieler Wertschöpfungsketten. Für den Bau und den Erhalt von Gebäuden und Verkehrswegen, von Tunneln, Kanalisation, Brücken und Flughäfen liefert die Gesteinsindustrie die unverzichtbaren Rohstoffe. Auch Industriezweige wie Glas, Pharma, Papier und Metall kommen ohne mineralische Rohstoffe nicht aus. Und mehr noch: Die Energiewende wäre ohne die heimischen mineralischen Rohstoffe nicht umsetzbar, denn sie stecken in Photovoltaikanlagen genauso wie in den Fundamenten und Flügeln von Windkraftanlagen. Obwohl wir über ausreichend geologische Vorkommen an Sand und Kies in Hessen verfügen, lassen wir die Rohstoffgewinnung nur noch in wenigen, in der Regel im Regionalplan ausgewiesenen Bereichen, überhaupt noch zu. Dies widerspricht sowohl dem Ziel der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Hessen als auch den Grundsätzen der Nachhaltigkeit, denn lange Transportwege der benötigten Rohstoffe verursachen erheblich mehr CO₂-Ausstoß, sind kostenintensiver und schaden somit der Umwelt.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird die Möglichkeit der Rohstoffgewinnung in Hessen, insbesondere in Südhessen an mehreren Standorten künftig faktisch ausgeschlossen, die für die Rohstoffversorgung in Südhessen entscheidende Bedeutung haben.

Inhaltliche Bewertung und Begründung des Entwurfes zur Stärkung des Schutzes des Bannwaldes ist Hessen:

„§13 Abs. 2 Satz 2 a) aus anderen Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses zur Verwirklichung von

a) Vorhaben der Rohstoffgewinnung von überregionaler Bedeutung, sofern die Rohstoffe ausschließlich für Zwecke verwendet werden, für die sie außerhalb des Bannwaldes nicht gewonnen werden können, [...]“

sowie „§31 Abs. 3: 3) Auf Vorhaben der Rohstoffgewinnung, die am 13. Mai 2017 zugelassen waren oder zu diesem Zeitpunkt Gegenstand eines anhängigen Zulassungsverfahrens waren und die innerhalb des am 13. Mai 2017 gültigen Regionalplans als ausgewiesene Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Lagerstätten gelegen sind, [...]“

Aus Sicht des IHK sollten beide Punkte ersatzlos gestrichen werden.

Sand und Kies sind Ausgangsrohstoffe, die für unsere moderne Industriegesellschaft von entscheidender Bedeutung sind. Sie sind in vielen Anwendungsbereichen nicht ersetzbar. Das Land Hessen sollte die für unsere Wirtschaft notwendigen Rohstoffe nach Möglichkeit regional gewinnen und darf sich nicht dem Risiko aussetzen, dass es bei diesen Rohstoffen zu Versorgungsengpässen kommt. Gerade in der heutigen Zeit zeigt sich mehr denn je, wie verletzlich unsere Lieferketten sind. Für Masserohstoffe wie Sand und Kies sind lange Transportwege aus ökologischen und ökonomischen Gründen keine nachhaltige Option. Lange Transportwege führen zu nachteiligen Auswirkungen auf das Klima, hohe Transportkosten würden zu einer erheblichen Verteuerung der Rohstoffe führen. Ein Versorgungsengpass hätte damit entscheidende und nachteilige Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Hessen.

Nach Angaben des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie wurden im Zeitraum von 2000 bis 2018 in Hessen mehr als ein Viertel der Betriebe geschlossen – von 400 Betrieben im Jahr 2000 auf 290 Betriebe im Jahr 2018. Die Jahresfördermenge schrumpfte im selben Zeitraum um rund 20 Prozent von 40 Mio. Tonnen auf 32 Mio. Tonnen. Dies hat in einigen Regionen – etwa in den Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar – zu einer nachhaltigen Verschlechterung der Versorgungssituation geführt. Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie bezeichnet auf seiner Website Natursteine und Naturwerksteine als „wichtigste Rohstoffgruppe im Land“. Dennoch sind allein in Rhein-Main und Rhein-Neckar in den vergangenen 15 bis 20 Jahren vier Betriebe geschlossen worden: Mengelbach, Erlenbach sowie Weinheim und Dossenheim. Darüber hinaus musste ein Betrieb in Südhessen die Produktion drastisch zurückfahren. Die noch verbliebenen Betriebe in diesen Regionen haben jetzt große Schwierigkeiten, die Versorgung zu sichern. Durch die Schließung der Betriebe haben sich die durchschnittlichen Transportwege für die Versorgung mit Rohstoffen in der Region deutlich verlängert: Lagen sie Anfang des Jahres 2000 noch bei ca. 30 km, so liegen sie heute schon bei ca. 100 bis 150 km. Lange Transportwege aber verursachen mehr CO₂ und schaden somit der Umwelt.

Die Nachfrage nach Steine-Erden-Rohstoffen wird in hohem Maße durch die Bauwirtschaft bestimmt. Angesichts des auch weiterhin vorhandenen erheblichen Baubedarfs im Wohnungsbau und der Infrastruktur wird die Rohstoffnachfrage mittel- bis langfristig auf einem hohen Niveau bleiben. Die DIW/SST-Studie zur langfristigen Rohstoff-

nachfrage in Deutschland erwartet für 2035 je nach Konjunkturverlauf einen Rohstoffbedarf an Primärrohstoffen zwischen 555 Mio. Tonnen (bei geringer wirtschaftlicher Dynamik) und 650 Mio. Tonnen bei stärkerem wirtschaftlichem Wachstum. Zum Vergleich dazu: Die jährliche Fördermenge an Primärrohstoffen betrug im Jahr 2018 584,3 Mio. Tonnen. Daraus folgt, dass auch in Zukunft die Gewinnung von Steinerden-Rohstoffen in erheblichem Umfang notwendig sein wird, um das gesamtwirtschaftliche Wachstum abzusichern.

Aufgrund der hohen Nachfrage ist damit zu rechnen, dass sich die Rohstoffpreise auch mittelfristig auf einem hohen Niveau einpendeln werden. Dies hat Konsequenzen für viele Kommunen, die insbesondere bei größeren Infrastrukturprojekten auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen könnten. Diese zusätzliche Belastung würde - zusammen mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einnahmesituation vieler hessischer Kommunen - die Umsetzung zahlreicher wichtiger Vorhaben gefährden.

Bei einer Änderung des Hessischen Waldgesetzes muss daher auch im Bannwald die Rohstoffgewinnung für alle Rohstoffarten möglich sein. Mit dem derzeitigen Gesetzesentwurf wird dies verhindert. Wir erwarten von den Fraktionen, die diese Gesetzesänderung eingebracht haben, Antworten auf folgende Fragen:

Wie kann ohne den regionalen Abbau von Rohstoffen die Entwicklung von Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur, vor allem in der Metropolregion FrankfurtRheinMain, auch in Zukunft sichergestellt werden?

Wie kann bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, wenn die Rohstoffpreise durch die Reduktion des Abbaus in der Region deutlich steigen werden?

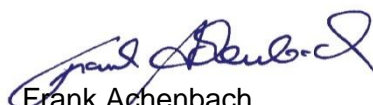
Wie können Ziele der Nachhaltigkeit und der Vermeidung von Transporten erreicht werden, wenn zukünftig vermehrt mineralische Rohstoffe aus anderen Regionen importiert werden müssen?

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, sich gemeinsam mit uns dafür einzusetzen, die langfristige Versorgung heimischer Rohstoffe auszubauen und sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Robert Lippmann
Geschäftsführer



Frank Achenbach
Federführer Standortentwicklung